



Viele Unternehmen in Rheinland-Pfalz haben sich in den vergangenen Jahren ambitionierte Ziele gesetzt, um zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt Klimaneutralität zu erreichen. Im Kontext steigender Energiekosten infolge des Russischen Angriffskrieges in der Ukraine und eines möglichen Energieengpasses stellt die Versorgungssicherheit eine existenzielle Herausforderung dar – insbesondere für energieintensive Unternehmen. Dennoch halten diese weiterhin an ihren Klimaschutzzielen fest und arbeiten unter Hochdruck an Lösungsstrategien, um ihre Energieversorgung weiter zu diversifizieren.

Um gemeinsam der Frage nachzugehen, wie rheinland-pfälzische Unternehmen ihre Klimaschutzmaßnahmen – trotz oder wegen der Krise – weiter vorantreiben können und welche Rahmenbedingungen sie auf diesem Weg benötigen, lud die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP) e.V. am 25. Mai 2022 zu einer Hybridveranstaltung im Rahmen ihrer Reihe ZIRPzoom – Perspektiven der Wirtschaft in Rheinland-Pfalz ein. Gemeinsam mit den beiden Vorsitzenden der ZIRP, Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Dr. Sabine Nikolaus, Vorsitzende der Geschäftsführung der Boehringer Ingelheim Deutschland GmbH und weiteren Gästen wurden branchenspezifische Perspektiven zum Thema ausgetauscht. Dr. Peter Biele, Vorstand Vertrieb und Vorstandsvorsitzender der thyssenkrupp Rasselstein GmbH schilderte die gegenwärtige Lage aus Sicht eines energieintensiven Unternehmens. Im Anschluss berichtete Dr. Patrick Wittenberg, Geschäftsführer der Westnetz GmbH, Tochter der Westenergie AG, aus der Perspektive eines Netzbetreibers und Energieinfrastrukturanbieters über den Status Quo der Energieversorgungssicherheit in Deutschland.

## Bürger:innen und Industrie gemeinsam

In ihrer Begrüßung ging Dr. Sabine Nikolaus auf die aktuellen Herausforderungen für Unternehmen ein: die Verfügbarkeit sowie Sicherheit der Energiequellen und die Aufrechterhaltung von Lieferketten. Konkret machte sie die Auswirkungen eines Gaslieferstopps für Boehringer Ingelheim deutlich:

*„Wir arbeiten bereits an Lösungen für den Ernstfall. Dazu zählt, dass wir alle Abhängigkeiten von Lieferanten und Energiequellen für unsere Standorte in Europa überprüfen. Wir haben uns bisher gut aufgestellt gesehen, jedoch könnten wir ohne Gas nur etwa eine gewisse Zeit voll produzieren.“*

Hinzu käme die Problematik hochkomplexer Lieferketten. So sei es kaum möglich, einen Zulieferer von bestimmten Produkten kurzfristig zu wechseln, falls ein Engpass bestünde. Ein Grund sind langwierige Zertifizierungsprozesse.

Im Anschluss berichtete Ministerpräsidentin Malu Dreyer über Ziele und bereits Erreichtes auf dem Weg zur Energieunabhängigkeit für den Standort Rheinland-Pfalz. Im Hinblick auf die starke Abhängigkeit von russischem Gas schloss die Ministerpräsidentin ein Embargo russischen Gases auf europäischer Ebene aus. Glücklicherweise habe man nicht erst seit Beginn des Krieges begonnen, diese Abhängigkeit zu reduzieren. Durch Projekte wie das Biomassekraftwerk von Boehringer Ingelheim oder den Offshore-Windkraftpark, der den BASF-Standort Ludwigshafen bis 2030 mit grünem Strom versorgen soll, sei der Industriestandort Rheinland-Pfalz bereits riesige Schritte vorangekommen. Darüber hinaus habe Rheinland-Pfalz im Rahmen der nationalen Wasserstoffstrategie der Bundesregierung als Ziel in den Koalitionsvertrag aufgenommen, das Bundesland zu einer Modellregion für grüne Wasserstofftechnologie und diese für ansässige Unternehmen zugänglich zu machen. Zusätzlich wurden durch das Landessolargesetz und den Landesentwicklungsplan IV weitere Schritte zur Versorgungsdiversifizierung eingeleitet.

Auch Bürgerinnen und Bürger sollten stärker in den Klimaschutz einbezogen werden, kündigte die Ministerpräsidentin an, um auf einen möglichen Lieferstopp vorbereitet zu sein. Gegenwärtig heizten 53 Prozent der rheinland-pfälzischen Haushalte mit Erdgas. Aufklärung, insbesondere in Bezug auf das allgemeine Konsum- und Verbrauchsverhalten, sei hier notwendig. Mit Blick auf weitere mögliche Unwägbarkeiten in der Zusammenarbeit mit China habe außerdem die Reduktion der Importabhängigkeit von Batterien und Halbleitern hohe Priorität. Besonders positiv hob sie in diesem Zusammenhang das Batteriezellenwerk in Kaiserslautern hervor.



*„Nachhaltigkeit und Energiepolitik haben schon immer eine große Rolle bei Boehringer Ingelheim gespielt. Deshalb haben wir bereits vor drei Jahren die Entscheidung für den Bau eines Biomassekraftwerks getroffen, dessen Inbetriebnahme für Ende 2023 geplant ist. Solche Veränderungen brauchen Zeit und Mut, außerdem politische Unterstützung.“*

**Dr. Sabine Nikolaus,**  
Vorsitzende der Geschäftsführung  
der Boehringer Ingelheim  
Deutschland GmbH

„Wir werden mit Hochdruck daran arbeiten, uns unabhängig von fossilen Rohstoffen zu machen.“

## Wasserstoff als Schlüsseltechnologie

Als Geschäftsführer des energieintensiven Unternehmens thyssenkrupp Rasselstein GmbH mit Sitz in Andernach nahm Dr. Peter Biele in seinem Impulsvortrag eine repräsentative Position für viele seiner Branchenkolleginnen und -kollegen ein. Das Unternehmen stellt mit seinem Werk in Rheinland-Pfalz den weltweit größten Produktionsstandort für Weißblech, ist damit aber auch für erhebliche CO<sup>2</sup>-Emissionen verantwortlich.

„Wir sind mit 2,5 Prozent der deutschen CO<sup>2</sup>-Emissionen ganz klar Teil des Problems, aber genauso auch Teil der Lösung. Unsere Unternehmensziele sehen vor, dass diese CO<sup>2</sup>-Emissionen bis 2045 wegfallen.“

Dr. Biele unterstrich die Schlüsselrolle von grünem Wasserstoff als Energieträger der Zukunft. Die Klimawende sei nur mit Hilfe einer umfassenden Energieversorgung durch Wasserstoff möglich. Eine ausreichende Produktion sei allerdings in den kommenden Jahren noch nicht absehbar. Deshalb sei es umso wichtiger mit vorhandenen Ressourcen umzugehen:

„Vor zwei Jahren hatten wir eine Kommission, die bestimmt hat, wer zuerst den Impfstoff bekommt und hatten einen Konsens. Wir brauchen diesmal aber keine Ethikkommission, sondern eine Effizienzkommission. Wasserstoff wird anfangs kostbar sein. Wir müssen ihn dorthin bringen, wo er am meisten CO<sup>2</sup> einsparen kann.“

Im Anschluss an die energieintensive Herstellung sei der Stahl ein überaus nachhaltiger, vielseitiger Werkstoff, der unendlich recycelt werden könne. Die immense Bedeutung in der Konservierung von Lebensmitteln und somit auch für die Welternährung würde durch diese positiven Eigenschaften zukünftig sogar noch steigen. Daher hätte ein Lieferstopp russischen Gases und damit ein Einbrechen der Produktion kurzfristig verheerende Folgen auf die globale Lebensmittelversorgung:

„In diesem Kontext macht die Aussage schon Sinn, dass wir uns nicht mehr schädigen dürfen als den Aggressor.“

In der Folge betonte Biele die Wichtigkeit einer mittelfristig fortlaufenden Rentabilität der konventionellen Stahlproduktion, ohne zusätzliche Sanktionierung durch Energiezertifikate. Nur so könne das schnelle Vorschreiten der Energiewende realisiert werden.

Auch Dr. Wittenberg von der Westnetz GmbH richtete die Aufmerksamkeit zunächst auf die kontinuierlichen Krisenlagen der vergangenen Jahre. Obwohl man bereits vorher gut aufgestellt gewesen sei, seien Krisenmanagement und -kommunikation auf die Probe gestellt worden. Die Westnetz GmbH als größter Verteilnetzbetreiber Deutschlands untersteht der Westenergie AG und ist vorwiegend in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz tätig. Nach der erfolgreichen Bilanz der Störungsbeseitigung im Anschluss an die Flutkatastrophe im vergangenen Jahr, hätten die unternehmenseigenen Netze noch weiter an Resilienz hinzugewonnen.

Generell verfüge Deutschland über eines der zuverlässigsten Energieversorgungsnetze weltweit, das einerseits hochkomplex sei, im Wesentlichen aber nach dem Ausfallsicherheitsprinzip bei potentiellen Störungen in den höheren Spannungsebenen zu jeder Zeit ein ausfallkompensierendes Betriebsmittel bereitstelle.

„Man kann auf Krisen nie vorbereitet sein, aber man kann sie trainieren. Das Schreiben von Regelwerken und Leitfäden ist das eine, entscheidend ist die Praxis.“

Dafür brauche es ein proaktiv agierendes Notfallkrisenmanagement, das seine Einsatzbereitschaft und -kompetenzen stets aktuellen Gegebenheiten anpassen müsse. Dies habe sich zuletzt in der erfolgreichen Digitalisierung des Netzes gezeigt. Hierdurch konnte die Lokalisierung von Störungen und deren Dokumentation deutlich vereinfacht werden. Im Anschluss an seine Ausführungen rief Dr. Wittenberg Vertreterinnen und Vertreter aller anwesenden Branchen, insbesondere aber energieintensiver Unternehmen, dazu auf, eine Teilnahme an einer gemeinsamen Krisensimulation in Betracht zu ziehen. Dabei könne unter realistischen Bedingungen getestet werden, wie gut Unternehmen aufgestellt seien. Schließlich widmete sich Dr. Wittenberg der Umstellung der Versorgungsnetze auf erneuerbaren Molekülbetrieb, durch den Wasserstoff transportiert werden könnte.

„Letztendlich begeben wir uns auf einen Weg in einen erneuerbaren Molekülbetrieb und damit auch in einen Wasserstoffbetrieb. Hier verfolgen wir viele verschiedene Themen – von Pilotprojekten in diesem Bereich über die Frage, wie können wir unsere Gasnetze transformieren auf eine stärkere erneuerbare Energienutzung, bis hin zu einer Wasserstoffnutzung, den Gasnetztransformationspfad.“

Gleichzeitig müsse bedacht werden, dass der Notfallplan-Gas nicht für einen Versorgungsengpass wie die derzeit drohende Mangelsituation konzipiert sei, sondern eher für kurzfristige Ausfälle. An der Tragfähigkeit des Energienetzes läge es dabei nicht, unterstrich Wittenberg am Ende seines Redebeitrages. Vielmehr müsse man sein Tempo an die Auslastung der globalen



„Wir alle müssen in der jetzigen Situation neu lernen und mit Hochdruck daran arbeiten, uns unabhängig von ausländischen Energieimporten zu machen. Zum Glück haben sich viele rheinland-pfälzische Unternehmen schon vor einigen Jahren auf den Weg Richtung Klimaneutralität begeben. Wir unterstützen sie dabei, wo wir können.“

**Malu Dreyer**

Ministerpräsidentin des Landes  
Rheinland-Pfalz

Lieferketten angleichen, die momentan nicht in der Lage seien, die große Nachfrage zu bedienen.

tereinander Absprachen treffen und Lösungen finden, die alle bereit sind mitzutragen.

## Energieverteilung

Die abschließende Diskussion wurde durch Melanie Maas-Brunner, BASF SE, eröffnet, die die Frage nach der Allokation der zum kommenden Winterbeginn vorhandenen Energieressourcen nochmals bekräftigte. Nicht nur der Notfallplan-Gas müsse in diesem Hinblick überdacht werden, um die vorhandenen Ressourcen maximal effizient auf die Kräfte zu verteilen, die dem Standort Deutschland zur Verfügung stünden, auch die generelle Priorisierung der Energieempfänger zum Wohle aller sei nicht zeitgemäß:

„Wir müssen uns jetzt schon darauf einstellen, wie wir es schaffen, in einem geringeren Maße zu allo- kieren. Sind wir darauf vorbereitet? Ich glaube wir brauchen eine viel größere übergeordnete Steue- rung, wie wir in kurzfristigen Krisensituationen die Allokationsmechanismen zum Greifen bekommen. Hier brauchen wir schnell die richtigen Weichen- stellungen, es geht um die Wettbewerbssituation Deutschlands.“

## Wie gehen wir mit der Rationierung um?

Matthias Warmuth, Geschäftsführer der Barmherzigen Brüder Trier gGmbH, schlug einen Bogen zu den ersten Tagen der Corona-Pandemie und die sich damals entfal- tende gesellschaftliche Diskussion um die Erstversor- gung vom Patienten. Diese gelte es nun auch in Bezug auf Gas zu führen, und zwar so lange der Rohstoff noch vorhanden sei und noch keine Mangellage vorläge. Ein- ige Industriesektoren seien zudem in ihrer Produktion auf Gas als Werkstoff angewiesen, wie beispielsweise in der Glas- oder Düngemittelproduktion. Es sei in erster Linie Aufgabe der Politik, zu moderieren und klare Re- geln zu setzen. Als Energiebezieher dürfe man nicht zu- einander in Konkurrenz treten, sondern müsse auch un-

## Alle an einem Strang

Alle Teilnehmenden waren sich einig, dass es wichtig sei, an einem Strang zu ziehen. Mit Blick darauf, welche Fol- gen ein Ausbleiben russischen Gases für die Wirtschaft hätte, wurde die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller beteiligten Parteien deutlich. Die Industrie dürfe nicht nachlassen, kreativ Lösungen zu finden. Dr. Sabine Nikolaus, Landesleiterin Deutschland der Boehringer In- gelheim Deutschland GmbH, rückte die Frage in den Mit- telpunkt, wie wir Wasserstoff schnell in unsere Versor- gung einbinden können. Auch Tim Gemünden, Geschäftsführer der Bauunternehmung Karl Gemünden GmbH & Co. KG, verwies auf die Möglichkeiten, die sich aus der derzeitigen Lage ergeben:

„Ich erwarte, dass die aktuelle Ukraine Krise für unse- re Energiewende den gleichen Katalysatoreffekt hat, wie Corona. Da geht eine ganze Horde Jungingenie- re auf einmal hochmotiviert unsere Probleme an, wo vorher eher Dienst nach Vorschrift herrschte.“

Auch Dr. Peter Biele nahm zwei positive Aspekte der mo- mentanen Ereignisse in den Fokus: Der Wandel in den Köpfen sei endgültig eingetreten, sodass das Erreichen der Klimaneutralität inzwischen Konsens sei. Ferner wür- den erneuerbare Energien durch sukzessive Hochskalie- rung deutlich günstiger, sobald sie einmal etabliert seien. Ab diesem Zeitpunkt seien keine weiteren Subventionen mehr nötig und eine größere Akzeptanz auf mehreren Ebenen geschaffen.



„Wir glauben, dass wir ohne den Werkstoff Stahl keine Chance haben auf eine Energietransfor- mation. Es wird keine regenera- tive Energie gewonnen werden, denn kein Windrad ist ohne Stahl gebaut. Jeder Generator, der in einem Windrad Energie gewinnt braucht Stahl. Verteil- und Leistungstransformatoren bis hin zur Herstellung von Elek- troautos, all das ist ohne Stahl undenkbar. Wir kommen an diesem Werkstoff nicht vorbei.“

**Dr. Peter Biele,**  
CEO der thyssenkrupp  
Rasselstein GmbH